

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP**

<p>Deutscher Bundestag Verteidigungsausschuss</p> <p>Ausschussdrucksache 17(12)933</p> <p>22.05.2012 - 17/3023</p> <p>5420-10</p>

**zu der Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksache 17/9340 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Begleitung der Reform der Bundeswehr (Bundeswehrreform- Begleitgesetz – BwRefBegIG)

Der **Verteidigungsausschuss** wolle beschließen,

den Gesetzentwurf mit folgenden Maßgaben, im Übrigen unverändert, anzunehmen:

1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu Artikel 3 folgende Angabe eingefügt:
„Artikel 3a Gesetz zur Übertragung von Aufgaben der Bundeswehrverwaltung auf neue Behörden der Personalmanagementorganisation der Bundeswehr (Wehrverwaltungsaufgabenübertragungsgesetz – WVwAÜG)“
2. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
 - a) § 1 Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „unter Fortfall der Geld- und Sachbezüge“ durch die Wörter „nach Absatz 4 Satz 1“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „der Nachzahlung“ gestrichen.
 - b) § 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Bis zum 31. Dezember 2017 können bis zu 2 170 Berufssoldatinnen und Berufssoldaten mit ihrer Zustimmung in den Ruhestand versetzt werden, wenn

 1. dies zur Verringerung der Zahl der Soldatinnen und Soldaten erforderlich ist,
 2. eine zumutbare Weiterverwendung bei einer Bundesbehörde oder bei einem anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn nicht möglich ist,
 3. sonstige dienstliche Gründe einer Versetzung in den Ruhestand nicht entgegenstehen und
 4. die Berufssoldatinnen und Berufssoldaten das 40. Lebensjahr vollendet und eine Dienstzeit von mindestens 20 Jahren abgeleistet haben;

stellt das Bundesministerium der Verteidigung nach dem 30. September 2014 einen unabweisbaren Bedarf für weitere Zurruesetzungen fest, kann es unbeschadet des § 11 zulassen, dass unter den Voraussetzungen der Nummern 1 bis 4 bis zum 31. Dezember 2017 insgesamt bis zu 3 100

Berufssoldatinnen und Berufssoldaten mit ihrer Zustimmung in den Ruhestand versetzt werden. Für Berufsunteroffiziere, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, und Berufsoffiziere, die das 52. Lebensjahr vollendet haben, gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass eine Versetzung in den Ruhestand abweichend von Satz 1 Nummer 1 auch zur Verjüngung des Personalkörpers erfolgen kann.“

bb) In Absatz 2 wird die Angabe „Satz 1“ gestrichen.

- c) In § 3 Absatz 1 Satz 3 werden die Wörter „Dies gilt“ durch die Wörter „Die Sätze 1 und 2 gelten“ ersetzt.
- d) Die §§ 6 und 7 werden wie folgt gefasst:

„§ 6

Versorgung bei Versetzung in den Ruhestand nach § 2 Absatz 1 Satz 1

(1) Eine Berufssoldatin oder ein Berufssoldat, die oder der nach § 2 Absatz 1 Satz 1 in den Ruhestand versetzt worden ist, erhält neben dem Ruhegehalt einen einmaligen Ausgleich in Höhe von 10 000 Euro für jedes Jahr, um das die Versetzung in den Ruhestand vor dem Zeitpunkt liegt, zu dem sie oder er ohne diese Regelung frühestens nach § 44 Absatz 2 Satz 1 des Soldatengesetzes in den Ruhestand hätte versetzt werden können. Wenn für die Berufssoldatin oder den Berufssoldaten nach § 96 Absatz 2 Nummer 1 des Soldatengesetzes keine besondere Altersgrenze festgesetzt ist, beträgt der einmalige Ausgleich 10 000 Euro für jedes Jahr, um das die Versetzung in den Ruhestand vor dem Zeitpunkt liegt, zu dem die Berufssoldatin oder der Berufssoldat ohne die Regelung des § 2 Absatz 1 Satz 1 nach § 44 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit § 45 Absatz 1 des Soldatengesetzes in den Ruhestand getreten wäre. Bei der Anwendung der Sätze 1 und 2 wird für restliche Kalendermonate jeweils ein Zwölftel von 10 000 Euro gewährt.

(2) Im Fall des § 2 Absatz 1 Satz 1 gilt:

1. § 16 des Soldatenversorgungsgesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass als ruhegehaltfähige Dienstzeit die Zeiten berücksichtigt werden, die als Dienstzeit im Sinne des § 15 Absatz 2 des Soldatenversorgungsgesetzes angerechnet werden, zuzüglich der Zeiten, die nach § 23 Absatz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes ruhegehaltfähig sind.
2. § 26a des Soldatenversorgungsgesetzes ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Versetzung in den Ruhestand nach § 2 Absatz 1 Satz 1 als Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens einer Altersgrenze gilt.
3. § 53 des Soldatenversorgungsgesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass nur Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinne des § 53 Absatz 6 des Soldatenversorgungsgesetzes berücksichtigt wird.

§ 7

Versorgung bei Versetzung in den Ruhestand nach § 2 Absatz 1 Satz 2

(1) Im Fall des § 2 Absatz 1 Satz 2 erhöht sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit um die Zeit von der Versetzung in den Ruhestand bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Berufssoldatin oder der Berufssoldat ohne diese Regelung frühestens nach § 44 Absatz 2 Satz 1 des Soldatengesetzes wegen Überschreitens der für sie oder ihn geltenden besonderen Altersgrenze in den Ruhestand hätte versetzt werden können. Wenn für die Berufssoldatin oder den Berufssoldaten nach § 96 Absatz 2 Nummer 1 des Soldatengesetzes keine besondere Altersgrenze festgesetzt ist, erhöht sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit im Fall des § 2 Absatz 1 Satz 2 um die Zeit von der Versetzung in den Ruhestand bis zu dem Zeitpunkt, zu dem die Berufssoldatin oder der Berufssoldat ohne diese Regelung nach § 44 Absatz 1 Satz 1 des Soldatengesetzes wegen Erreichens der allgemeinen Altersgrenze in den Ruhestand getreten wäre. Die Sätze 1 und 2 gelten nicht, soweit diese Zeiten bereits nach anderen Vorschriften als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt werden oder bei Verbleiben im Dienst wegen Beurlaubung, des Ruhens der Rechte und Pflichten oder aus sonstigen Gründen nicht als ruhegehaltfähige Dienstzeit berücksichtigt worden wären.

(2) Im Fall des § 2 Absatz 1 Satz 2 gilt:

1. § 26 Absatz 2 und 3 des Soldatenversorgungsgesetzes ist entsprechend anzuwenden.

2. § 26a des Soldatenversorgungsgesetzes ist mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass die Versetzung in den Ruhestand nach § 2 Absatz 1 Satz 2 als Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens einer Altersgrenze gilt.
 3. § 38 des Soldatenversorgungsgesetzes gilt entsprechend. Bei der Anwendung des § 38 Absatz 4 Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes ist die Berufssoldatin oder der Berufssoldat so zu behandeln, als hätte sie oder er zum Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand nach § 2 Absatz 1 Satz 2 das für eine Versetzung in den Ruhestand nach § 44 Absatz 2 Satz 1 des Soldatengesetzes erforderliche Lebensjahr vollendet. Soweit das nach Satz 2 maßgebliche Lebensjahr zum Zeitpunkt der Versetzung in den Ruhestand nach § 2 Absatz 1 Satz 2 die Regelaltersgrenze für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte nach § 5 des Bundespolizeibeamtengesetzes übersteigt oder nach § 96 Absatz 2 Nummer 1 des Soldatengesetzes keine besondere Altersgrenze festgesetzt ist, steht ein Erhöhungsbetrag nach § 38 Absatz 4 Satz 1 des Soldatenversorgungsgesetzes nicht zu.
 4. § 53 des Soldatenversorgungsgesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass nur Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinne des § 53 Absatz 6 des Soldatenversorgungsgesetzes berücksichtigt wird.“
- e) In § 8 Satz 1 wird die Angabe „7 500“ durch die Angabe „10 000“ ersetzt.
3. Artikel 2 wird wie folgt geändert:
- a) In der Überschrift wird das Wort „Bundeswehrbeamtinnen“ durch das Wort „Bundeswehrbeamtinnen-“ ersetzt.
 - b) § 3 Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „unter Fortfall der Besoldung“ durch die Wörter „nach Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „der Nachzahlung“ gestrichen.
 - c) § 4 wird wie folgt gefasst:

„§ 4 Versetzung in den Ruhestand

Bis zum 31. Dezember 2017 können bis zu 1 050 Beamtinnen und Beamte auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn

 1. sie das 60. Lebensjahr vollendet haben,
 2. sie weder bei einer Bundesbehörde noch bei einem anderen öffentlich-rechtlichen Dienstherrn in zumutbarer Weise weiterverwendet werden können und
 3. sonstige dienstliche Gründe nicht entgegenstehen;

stellt das Bundesministerium der Verteidigung nach dem 30. September 2014 einen unabwendbaren Bedarf für weitere Zurruesetzungen fest, kann es unbeschadet des § 8 zulassen, dass unter den Voraussetzungen der Nummern 1 bis 3 bis zum 31. Dezember 2017 insgesamt bis zu 1 500 Beamtinnen und Beamten auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden.“
 - d) In § 5 Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „sich“ gestrichen und werden die Wörter „gegenüber der bisherigen Verwendung zum Zeitpunkt der Versetzung verringert“ durch die Wörter „geringer ist als in der bisherigen Verwendung zum Zeitpunkt der Versetzung“ ersetzt.
 - e) § 7 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. § 53 des Beamtenversorgungsgesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass nur Erwerbseinkommen aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst im Sinne des § 53 Absatz 8 des Beamtenversorgungsgesetzes berücksichtigt wird.“
4. Nach Artikel 3 wird folgender Artikel 3a eingefügt:

„Artikel 3a

Gesetz zur Übertragung von Aufgaben der Bundeswehrverwaltung auf neue Behörden der Personalmanagementorganisation der Bundeswehr

(Wehrverwaltungsaufgabenübertragungsgesetz – WVwAÜG)

§ 1

Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr

Dem Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr werden die Aufgaben und Befugnisse des Bundesamtes für Wehrverwaltung und der Wehrbereichsverwaltungen übertragen, die diese wahrnehmen nach

1. dem Wehrpflichtgesetz,
2. dem Soldatengesetz,
3. der Zweiten Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung,
4. der KV-/PV-Pauschalbeitragsverordnung,
5. der RV-Wehr- und Zivildienstpauschalbeitragsverordnung,
6. der Unabkömmlichstellungsverordnung,
7. der Verordnung über die Feststellung und Deckung des Arbeitskräftebedarfs nach dem Arbeitssicherstellungsgesetz,
8. der Berufsförderungsverordnung und
9. der Personalaktenverordnung Soldaten.

§ 2

Karrierecenter der Bundeswehr

Die Aufgaben und Befugnisse, die in Rechtsvorschriften des Bundes den Kreiswehrrersatzämtern zugewiesen sind, werden den Karrierecentern der Bundeswehr übertragen.'

5. In Artikel 7 Nummer 4 Buchstabe b Doppelbuchstabe cc wird das Wort „Informationstechnologie“ durch das Wort „Informationstechnik“ ersetzt.
6. Artikel 14 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 14 werden in § 39 Absatz 5 Satz 2 die Wörter „des Absatzes 1“ durch die Wörter „des Absatzes 3 Satz 1“ ersetzt.
 - b) Nach Nummer 19 wird folgende Nummer 19a eingefügt:
,19a. In § 91b Absatz 3 wird das Wort „Kreiswehrrersatzamt“ durch die Wörter „Karrierecenter der Bundeswehr“ ersetzt.'
 - c) In Nummer 20 wird § 102 Absatz 2 wie folgt gefasst:
,(2) § 5 Absatz 8, § 6 Absatz 2, die §§ 7 und 11 Absatz 6, die §§ 11a und 12 Absatz 7 sowie die §§ 21, 44, 45, 59, 89a und 101 sind anzuwenden.'
7. In Artikel 16 Nummer 1 wird die Angabe „§ 7“ durch die Angabe „§ 6“ ersetzt.
8. Artikel 18 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 wird nach dem Wort „Nummer“ die Angabe „13 und“ eingefügt.
 - b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:
,(2a)Die Artikel 3a und 14 Nummer 19a treten am 1. Dezember 2012 in Kraft.'

Begründung

Zu Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Folgeänderung zu Nummer 4 (Einfügung eines neuen Artikels 3a).

Zu Nummer 2 (Artikel 2 – Streitkräftepersonalstruktur-Anpassungsgesetz)

Zu Buchstabe a (Artikel 1 § 1 Absatz 5)

Zu Doppelbuchstabe aa (Artikel 1 § 1 Absatz 5 Satz 1)

Durch die Änderung wird klargestellt, dass der Bund für Zeiten einer Beurlaubung nach Absatz 3, die als ruhegehaltfähig anerkannt werden können, weil die Beurlaubung dienstlichen Interessen dient, keine freiwilligen Beiträge zur Rentenversicherung übernimmt.

Zu Doppelbuchstabe bb (Artikel 1 § 1 Absatz 5 Satz 3)

Redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe b (Artikel 1 § 2 Absatz 1)

Redaktionelle Änderung des Absatzes 1 zur Klarstellung, dass die Zuruhesetzung von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten zum Zwecke der Verringerung der Personalstärke ab Vollendung des 40. Lebensjahres den Grundtatbestand bildet. Um die notwendige Personalreduzierung bis 2017 zu erreichen, können nach Ausschöpfung aller anderen Personalabbaumöglichkeiten 2 170 Berufssoldatinnen und Berufssoldaten vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden. Wird nach dem 30. September 2014 ein unabweisbarer Bedarf für weitere Zuruhesetzungen festgestellt, weil ansonsten die Strukturziele nicht erreicht werden können, kann die Zahl auf maximal 3 100 erhöht werden. Hiervon unbeschadet können aufgrund der nach § 11 vorgeschriebenen Evaluation weitere gesetzliche Maßnahmen zur Personalreduzierung in Betracht kommen.

Zu Doppelbuchstabe bb (Artikel 1 § 2 Absatz 2)

Berichtigung eines redaktionellen Versehens. Wie aus der Begründung zu § 2 Absatz 2 ersichtlich, sollen als Dienstzeit neben Zeiten, die kraft Gesetzes ruhegehaltfähig sind, auch solche Zeiten angerechnet werden, die als ruhegehaltfähig gelten sowie Zeiten der Beschäftigung als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, soweit sie ruhegehaltfähig sind. Dies wird durch die Sätze 2 und 3 des § 15 Absatz 2 des Soldatenversorgungsgesetzes geregelt.

Zu Buchstabe c (Artikel 1 § 3 Absatz 1 Satz 3)

Redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe d (Artikel 1 §§ 6 und 7)

Die Änderung der Reihenfolge der altersgruppenbezogenen Versorgungsregelungen in den §§ 6 und 7 ist eine Folgeänderung zu Buchstabe b (redaktionelle Änderung des § 2 Absatz 1).

Mit der Anhebung des einmaligen Ausgleichs auf 10 000 Euro in § 6 Absatz 1 für jedes Dienstjahr, das die Berufssoldatin oder der Berufssoldat gegenüber dem frühestmöglichen Zuruhesetzungszeitpunkt früher ausscheidet, wird der Anreiz deutlich erhöht, die Möglichkeit der vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand in Anspruch zu nehmen. Die dafür erforderlichen Mittel müssen innerhalb des Einzelplans 14 erbracht werden.

Mit den Änderungen in § 6 Absatz 2 Nummer 3 und § 7 Absatz 2 Nummer 4 soll die Bereitschaft, einer vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand zuzustimmen, dadurch gefördert werden, dass bei privatwirtschaftlich erzieltm Einkommen keine Ruhensberechnung gemäß § 53 des Soldatenversorgungsgesetzes durchgeführt wird.

Zu Buchstabe e (Artikel 1 § 8 Satz 1)

Mit der Anhebung des einmaligen Ausgleichs auf 10 000 Euro für jedes vollendete Jahr der Wehrdienstzeit soll die Bereitschaft von Berufssoldatinnen und Berufssoldaten gesteigert werden, ihr auf Lebenszeit ausgerichtetes Dienstverhältnis in das Dienstverhältnis einer Soldatin auf Zeit oder eines Soldaten auf Zeit umwandeln zu lassen. Die dafür erforderlichen Mittel müssen innerhalb des Einzelplans 14 erbracht werden.

Zu Nummer 3 (Artikel 2 – Bundeswehrbeamtinnen- und Bundeswehrbeamten-Ausgliederungsgesetz)

Zu Buchstabe a (Überschrift)

Berichtigung eines Schreibversehens.

Zu Buchstabe b (Artikel 2 § 3 Absatz 3)

Zu Doppelbuchstabe aa (Artikel 2 § 3 Absatz 3 Satz 1)

Durch die Änderung wird klargestellt, dass der Bund für Zeiten einer Beurlaubung nach Absatz 1, die als ruhegehaltfähig anerkannt werden können, weil die Beurlaubung dienstlichen Interessen dient, keine freiwilligen Beiträge zur Rentenversicherung übernimmt.

Zu Doppelbuchstabe bb (Artikel 2 § 3 Absatz 3 Satz 3)

Redaktionelle Änderung.

Zu Buchstabe c (Artikel 2 § 4)

Um die notwendige Personalreduzierung bis 2017 zu erreichen, können nach Ausschöpfung aller anderen Personalabbaumöglichkeiten 1 050 Beamtinnen und Beamten vorzeitig in den Ruhestand versetzt werden. Wird nach dem 30. September 2014 ein unabweisbarer Bedarf für weitere Zurrhesetzungen festgestellt, weil ansonsten die Strukturziele nicht erreicht werden können, kann die Zahl auf maximal 1 500 erhöht werden. Hiervon unbeschadet können aufgrund der nach § 8 vorgeschriebenen Evaluation weitere gesetzliche Maßnahmen zur Personalreduzierung in Betracht kommen.

Zu Buchstabe d (Artikel 2 § 5 Absatz 1 Satz 2)

Redaktionelle Änderung (Angleichung an § 3 Absatz 1 Satz 1 SKPersStruktAnpG).

Zu Buchstabe e (Artikel 2 § 7 Nummer 5)

Die Bereitschaft von Beamtinnen und Beamten, einer vorzeitigen Versetzung in den Ruhestand zuzustimmen, soll dadurch gefördert werden, dass bei privatwirtschaftlich erzieltm Einkommen keine Ruhensberechnung gemäß § 53 des Beamtenversorgungsgesetzes durchgeführt wird.

Zu Nummer 4 (Artikel 3a – Gesetz zur Übertragung von Aufgaben der Bundeswehrverwaltung auf neue Behörden der Personalmanagementorganisation der Bundeswehr)

Zu § 1 (Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr)

Das Personalmanagement und die Personalgewinnung der Bundeswehr sollen neu geordnet werden. Ziel ist eine prozessoptimierte Personalführungs- und -gewinnungsorganisation, in der militärische und zivile Personalführung integriert wahrgenommen werden. Zur Bündelung fachlicher und organisatorischer Verantwortung sollen das militärische und das zivile Personalmanagement verschränkt werden. Hierzu richtet das Bundesministerium der Verteidigung ein Personalamt als Bundesoberbehörde der Bundeswehrverwaltung mit der Bezeichnung „Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr“ ein. Diesem Amt sollen auch die Aufgaben und Befugnisse auf dem Gebiet des Wehrersatzwesens übertragen werden, die nach den aufgeführten Gesetzen und Verordnungen bislang dem Bundesamt für Wehrverwaltung und den vier Wehrbereichsverwaltungen mit ihren drei Außenstellen zugewiesen sind. Gleiches gilt für das Gebiet der Berufsförderung der Soldatinnen und Soldaten.

Zu § 2 (Karrierecenter)

Den Kreiswehrrersatzämtern, die zum 30. November 2012 aufgelöst werden sollen, sind in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen Aufgaben und Befugnisse insbesondere auf dem Gebiet des Wehrrersatzwesens sowie der Berufsförderung der Soldatinnen und Soldaten zugewiesen. Diese Aufgaben und Befugnisse sollen ab dem 1. Dezember 2012 von den Karrierecentern der Bundeswehr wahrgenommen werden. Die Umsetzung von Folgeänderungen, die aufgrund der Aufgabenübertragung in weiteren Rechtsvorschriften notwendig werden, erfolgt in einem separaten Vorhaben.

Zu Nummer 5 (Artikel 7 – Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes)

Redaktionelle Angleichung an die vorgesehene Dienststellenbezeichnung.

Zu Nummer 6 (Artikel 14 – Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes)

Zu Buchstabe a (Artikel 14 Nummer 14)

Berichtigung eines Redaktionsversehens. Wie schon nach der derzeit geltenden Regelung im Soldatenversorgungsgesetz sollen nur diejenigen dienstunfähigen Berufssoldatinnen und Berufssoldaten einen Zulassungsschein erhalten, deren Dienstverhältnis vor Vollendung des 40. Lebensjahres wegen Dienstunfähigkeit infolge Wehrdienstbeschädigung beendet worden ist.

Zu Buchstabe b (Artikel 14 Nummer 19a)

Nach Auflösung der Kreiswehrrersatzämter sollen die Karrierecenter der Bundeswehr für die Ahndung der in § 60 Absatz 4 des Soldatenversorgungsgesetzes genannten Ordnungswidrigkeiten zuständig sein.

Zu Buchstabe c (Artikel 14 Nummer 20)

Redaktionelle Klarstellung, dass die §§ 11a und 12 Absatz 7 sowie die §§ 21, 44, 45, 59, 89a und 101 bei Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfängern zu berücksichtigen sind, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bereits vorhanden waren.

Zu Nummer 7 (Artikel 16 – Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch)

Folgeänderung zu Nummer 2 Buchstaben b und d.

Berlin, den 22. Mai 2012

